

**Geographische**  
Wochenschrift Nr. 230. Jahrgang 43.  
Herausgegeben von Prof. Dr. G. H. Seebeck.  
Die 100ste Heftzahl ist die 100ste Jahrgangszahl.  
Preis 1 Mark 25 Pfennig.  
Verlag: Lobeck & Co., Dresden, Altmarkt 2.

# Dresdner Nachrichten

43. Jahrgang.

**Lobeck & Co.**  
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen  
**Chocoladen, Cacaos, Desserts.**  
Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

**Photographische Apparate**  
In reichlicher Auswahl bei  
**Emil Wünsche**  
Moritzstr. 20  
Ecke Gewandhaus- u. Nähn-Königsplatzstrasse.  
Fabrik: Heisek bei Dresden.  
Filialen:  
Leipzig, Berlin, Frankfurt a. M.,  
Breslau, Bielefeld, L. B.,  
München.  
Ausführlicher Catalog nach  
Auswärts gegen 20 Pf. in  
Briefmarken.

**WEIN-Handlung**  
- Stuben -  
Portikus a. d. Markthalle

**Max: Kunath**  
Wallstr. 8

**R. Beyer - Papier-Fabrik-Lager**  
Papier-Großhandlung - Am See 16  
Reichensdorf's Lager aller Sorten Druck-, Schreib- u. Kanzlei-papiere, schultersorten, H-börde-papiere, Couverts und Pappen, Pergamente, Seiden- und Packpapiere aller Formate und Rollen sowie aller in 44 Fach einschlägiger Artikel.  
Goldschmiedgassen. - Billigste Preise. - Präziseste Lieferung.

**Atelier für feine Corsets**  
Heinrich Planl  
Hoflieferant  
Wallstr. 25  
Grosses Lager von Paris und Brüssel.

Mit Rückgratsverkrümmung  
Behafteten halte meine nach den Grundsätzen der Wissenschaft konstruierten **Supporter-Corsets** empfohlen.  
**Carl Wendschuch**, Bandagist und Königl. Hoflieferant, **Struvestr. 11.**

Nr. 53. Spiegel: England u. Frankreich in Afrika. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Gesamttraktatbestimmung, Wirthschaft, Witterung: Mittwoch, 23. Februar 1898.

## Für den Monat März

werden Bestellungen auf die „Dresdner Nachrichten“ für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle Marienstr. 38 und bei unseren Neben-Nachnahmestellen zu 90 Pfennigen, für auswärts bei den kaiserlichen Postämtern im Deutschen Reichsgebiete zu 92 Pfennigen, in Oesterreich-Ungarn bei den k. k. Postämtern zu 85 Kreuzern angenommen.  
Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten“.

### Politisches.

Frankreich und England liegen sich in Westafrika seit geraumer Zeit schief in den Scharen. Schon gegen Ende des Jahres waren sich die beiden Nationen einig, dass man in London und Paris Besprechungen wegen der Möglichkeit eines bewaffneten Zusammenstoßes durchzuführen solle, trotz der intensiven Instruktionen betreffs Enthaltung von jeder aggressiven Handlung, die von den beteiligten Regierungen an die Transportkommandanten ergangen waren. Die gelebte Verlogenheit richtete sich zum Glück nicht, da die weiteren Ereignisse zunächst keine Ueberrassungen brachten. Gleichwohl machte die Gesamtsituation in der Zwischenzeit keinerlei Fortschritte zur Besserung. Jeder Theil beharrte hartnäckig auf seinem Standpunkt und zeigte sich abgeneigt gegen jede Art der Nachgiebigkeit, dass die zur Regelung der hiesigen Streitigkeiten niedergesetzte Kommission bis jetzt überhaupt noch nicht in Aktion getreten ist. Venedig hat die aufgehäuften elektrische Spannungen, zu deren Verminderung noch kein ernstlicher Versuch unternommen wurde, eine abermalige Entladung herbeigeführt, indem französische und englische Kolonialtruppen nahezu handgemein geworden sind. Vorläufig hat es allerdings noch bei einem letzten Schläge kein Bewenden gehabt. Zudem ist die Lage doch nachgerade so ungemächlich geworden, dass jeden Augenblick ein Feuersturm in das Valerfeld führen und eine gefährliche Explosion herbeiführen kann. Die Unruhe, die in London herrschen soll, ist daher wohl verständlich.

teilen erscheint sie doch ganz geeignet, als Warnungssignal zu dienen und die hochmüthigen und landvergierigen Briten daran zu erinnern, dass die Hüme des modernen Kolonialismus sich hüten müssen, in den Himmel zu schweben, weil ihnen die Art an der Wurzel sitzt. Lord Salisbury hat mit der Warnung, die er jüngst an die Adresse des hauptsächlichsten Theils seiner Landesleute richtete, indem er sagte, dass die Ueberbürdung der eigenen Kräfte eine große Gefahr für England einschleife, den Nagel auf den Kopf getroffen.

Bei der Beurtheilung der Frage, welchen Ausgang die augenblicklichen kolonialpolitischen Streitigkeiten zwischen England und Frankreich voraussichtlich nehmen werden, fällt der Umstand ins Gewicht, dass die zur Zeit in Frankreich drohenden inneren Gefahren einen unheilvollen Zusammenhang mit der plötzlichen hervorgerufenen intensiven Aktionskraft nach außen hin wahrscheinlich machen; um so mehr, als gleichzeitig aus Italien eine französische Mobilisierung auf großem Fuße gemeldet wird. Treift diese Voraussetzung zu, so ergibt sich als Folgerung, dass zunächst mit der Aussicht auf einleuchtendes Verhalten von französischer Seite nicht gerechnet werden darf, so lange die Deutsch-Spanische Krise einen so drohenden Charakter für die gemeinsame staatliche Autorität in Frankreich trägt. In London wird man sich also wohl auf harte Arbeit gefasst machen müssen. Inzwischen erscheint aber die Gesamtsituation nicht dazu angethan, um weitgehende Bemerkungen zwischen den beiden Staaten aus Anlass der westafrikanischen Streitigkeiten befürchten zu lassen. Selbst ein bewaffneter Zusammenstoß in Westafrika würde bei dem erstlichen guten Willen der beteiligten Regierungen immer noch eine gütliche Beilegung der Streitpunkte ermöglichen, sofern nicht etwa der unglückliche Fall eintritt, dass in London sowohl wie in Paris die besessene Diplomatie die Fäden der Herrschaft ganz aus den Händen verliert und der Chauvinismus sich ihrer bemächtigt. Wer sich einiger Neugierigkeit für das politische Wetter begabt ist, wird sich wohl vorwiegend zu der Meinung bekennen, dass im Verlaufe der westafrikanischen Streitigkeiten schmerzlich der verhängnisvolle „psychologische Moment“ eintreten dürfte, der die beiden Nationen gegen einander unter die Waffen rufe. Wenn die Londoner Politik ihr physisches Können auf Grund der verhängnisvollen Ansehungsweise Lord Salisbury's richtig einschätzt, so wird es am Ende der britische Völkchen sein, der mit gedehnter Stimme aus dem westafrikanischen Afrika hervorsticht.

eingestellt werden, sei durch verschiedene Fälle erwiesen. Weiter rügt Hedner, dass in der Armee jüdische Kerze ferngehalten wurden, woraus sich auch das Manke an Kerzen erkläre. - Minister v. Goltz: Es ist das sehr dankenswerth, dass der Abgeordnete der Armee Kerzen haben will, aber seine Bedenken sind hinsichtlich. Schon jetzt werden Kerze, die sich um Soldaten nicht eignen, sehr bald wieder entfallen. Das Fehlen an Kerzen wird sehr bald verschwinden, wenn der Reichstag unsere Gehaltsverbesserungsvorschläge annimmt. Wechselt der Bedarf die Jahresfrage angeht, weiß ich nicht, ob keine Kerze vorhanden, welche jüdische Kerze einschließt, wir haben auch eine ganze Reihe höherer Sanitäts-Offiziere jüdischen Glaubens. - Abg. Hebel bleibt dabei, dass erhaltungsgemäß jüdische Kerze insbesondere von der Armee ferngehalten werden. Das keine entsprechende Verfügung brähe, glaube er gern. - Minister v. Goltz: Die Kerze werden nicht nach der Religion, sondern nach ihrer Tüchtigkeit ausgewählt. - Abg. Jastrow (Hofimp.) wendet sich gegen den Abg. Hebel, der sich auch für die Gehaltsverbesserung der Militärs nur im Interesse der jüdischen Kerze erweist habe. - Abg. Hebel (Centr.) verweist darauf, dass das Manke an Militärs nicht von der Religion, sondern nach der Tüchtigkeit abhängt, die jeder unserer Beamten haben sollte. - Abg. Hebel (Centr.) bemerkt, dass jüdisch nur nach der Fähigkeit Militärs ausgewählt werden. Thatsache ist, dass es sehr viel mehr jüdische Militärs gibt, während in jüdischen Kerze sehr wenig. - Abg. Jastrow (Hofimp.) stellt den christlich-deutschen Geist dem jüdisch-deutschen Geist gegenüber. - Abg. Richter (frei Volksp.) behauptet, dass ein jüdischer Soldat den jüdischen Kerze erhalten, davon hätten wir das eigene Kreuz erhalten, darunter die jüdische Kerze. - Damit schließt die Debatte. - Bei dem Kapitel „Naturalversicherung“, Titel „Umschreibung“ weist Abg. Hebel (Centr.) auf die geistigen Forderungen hin, welche auch auf die Militärs im Jahre zurückzuführen. Die Schuld liegt nur an den Organen, die sobald als möglich wieder aufgehoben werden müssten. - Generalleutnant v. Goltz tritt gegen die Thatsache ein, aber eine Rückführung derselben auf die Militärs erlaube sich nur für die Zeit bis zum 1. April, von da ab trete der Kerze halber keine Erneuerung der Versicherung ein, denn alsdann würden die Kerzen nur nach den höheren oder niedrigeren Preisen aus den vom Reichstag bewilligten Mittel bezogen. - Abg. Jastrow (Hofimp.) meint, dass die Schuld an der Erneuerung der Versicherung in Königsberg nicht an der Organen liege, sondern an einem Herrn, der sich selbst als geistlich nachstehenden Kommando, welches das beste Vieh aufkaufe. Herr Hebel solle sich nur an die betreffenden fünf Herren wenden. - Abg. Richter (frei Volksp.) berichtet eine Anekdote, die er behauptet, dass England sich gegen lebendes Vieh aus Deutschland, Dänemark und Holland völlig abgeperrt habe. - Abg. Hebel: Die Willkürverwaltung in Königsberg könne nicht bei den Jüdischen Händlern und müsse demnach die vom Generalleutnant v. Goltz gemachten hohen Preise bezahlen. Das beweise doch wohl, dass nicht der Zwischenhändler die Preissteigerung verurtheile. - Abg. Jastrow bleibt dabei, dass die ungewöhnlich hohen Preise in Königsberg auf die Herrn Hebel nachstehenden fünf Herren zurückzuführen sei. - Das Kapitel wird nunmehr geschlossen. - Bei dem Kapitel „Artilleriewaffen und Ersatz für Handfeuerwaffen“ erörtert Abg. Richter (frei Volksp.) daran, dass die Artillerie allerdings und so auch wieder in einer geistigen Verbindung in Berlin, eine alten Behauptungen von den von Jüdischen mit der Variation erneuert habe, dass die Jüdischen Waffen wegen Unbrauchbarkeit hätten zerlegt werden müssen und die Metalltheile in Norddeutsche eingeschmolzen worden seien. Generalleutnant v. Goltz: Es hat allerdings eine Zerlegung alter Waffen stattgefunden, die keinen Werth mehr haben, darunter auch alter französischer. Die Metalltheile sind von Noth in Noth erhalten und nach Herde zum Einschmelzen verkauft worden. Gewichte von 1888, bei denen nur 100 Jüdischen gefunden wurden, sind überhaupt nicht zerlegt worden, dieselben befinden sich vielmehr in völlig gutem Zustande; die Jüdischen Waffen befinden sich genau ebenso gut wie alle anderen. - Der Herr des Ordinariums wird bemerkt. - Morgen: Extra-Ordinarium des Militärs-Etats.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus führte heute die Beratung des Etats des Jansen zu Ende, dabei wurden wieder die Verhältnisse der Berliner Schuttmannschaft zur Sprache gebracht, auf die zahlreichen unermittelten Verbrechen hingewiesen und eine polizeiliche Organisation gefordert. Der Minister des Jansen erklärte, dass er die Berliner Polizeiverwaltung keineswegs für vollkommen halte, doch dürfe man auch aus einzelnen Verbrechen nicht allgemeine Schlüsse ziehen. Die Angaben über die Zahl der unermittelten Verbrechen seien übertrieben. Schließlich wurde eine Resolution zu Gunsten einer Gehaltsverbesserung der Schuttmann in der Landgendarmarie angenommen. - Das Reichspostamt hat mit dem Schiffsbauer Jochen einen Vertrag wegen Einrichtung und Unterhaltung einer zweckmäßigen Uferstation Botenverkehrs-Verbindung zwischen Zschockwitz und Klützau abgeschlossen. - Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorbereitung der Suchwaffenverordnungen hat heute die Vorlage in weiter Verlesung angenommen. Regierungsseitig wurde eine Darlegung bereit gegeben, wie die Regierung vorgehen wolle, um die umfassende Organisationsvorlage vorzubereiten. Es kommen überhaupt 114 Thatsachen in Betracht. Die Thatsachen für die Weber würden einen Kostenbetrag von etwa 14 Millionen erfordern. - Die Engländer waren seiner Zeit in das Gebiet von Soltau im Hinterlande von Togo einmarschirt, obwohl dieses Gebiet an Grund ruhender Verträge für neutral gelten musste. Daraufhin wurde deutschseits in London Einspruch erhoben. Die britische Regierung hat jetzt die Berechtigung des Protektors anerkannt und Befehl gegeben, dass die englischen Truppen aus dem neutralen Gebiete zurückgezogen werden. - Finanzminister v. Miquel erlässt in der Nordd. Allg. Sta. eine Verfügung für die ihm zu seinem 70. Geburtstag zugegangenen Glückwünsche und sinnigen Gaben aus allen Theilen Deutschlands.

Berlin. Die Budgetkommission des Reichstags führte heute die Beratung des Militärs-Etats zu Ende. Von der Forderung für einen Übungsplatz zu Seithain wurden 150,000 Mark abgelehnt und nur 100,000 Mark bewilligt. Von der Forderung für eine Kaserne in Romsig wurden 150,000 Mark abgelehnt und nur 200,000 Mark bewilligt. Am 21. d. M. beginnt die Kommission die Beratung der Stotzenwölge in Verbindung mit dem Marine-Etat.

### Fernschreib- und Fernschreib-Berichte vom 22. Februar.

Berlin. Reichstag. Die Beratung des Militärs-Etats wird fortgesetzt. Bei dem Kapitel „Militärsverwaltung“ fragt Abg. Jastrow (Centr.) bei der sächsischen Verwaltung an, wer eigentlich in Sachen der Uebertragung der Sonntagsschreib-Vorarbeiten in dem von ihm angesprochenen Falle beauftragt worden sei und behauptet sodann, in dem Falle eines Soldaten Beckmann, der befristet worden sei, sei nicht ordnungsgemäß vorgefahren worden. - Sächsl. Bevollmächtigter Carl Sigmund v. Eckardt erwidert, in beiden Fällen sei ordnungsgemäß vorgefahren worden. Er verweigere weitere Auskunft, denn der Reichstag sei nicht höhere Instanz dafür. - Bei dem Kapitel „Geldverpflegung“, Titel „Militärs“, befragt Abg. Jastrow (frei Volksp.) die Möglichkeit der neutralen Versorgung des Kriegsmilitärs, dass die Einstellung von Schwachmännern in das Heer nur sehr selten vorkomme. Die Mittheilungen von kriegsärztlicher Seite widersprechen dem. Es scheint, als ob die bei der Untersuchung von Rekruten betätigten Militärärzte nicht genügende Ausbildung auf diesem Gebiete besäßen. - Kriegsminister v. Goltz: Ich bin für jede Anregung dankbar und werde auch dieser noch näher treten; aber wenn der Vorkämpfer den Militärärzten in dieser Hinsicht einen Vorwurf macht, so ist er nicht berechtigt. Jeder Einzelmensch wird drei Mal genau untersucht und die Erfahrung lehrt, dass dieser Dienst nicht nachlässig werden wird. Das Schwachmännige in größerer Zahl eingestellt werden, ist ausgeschlossen. Die Truppenstärke wird sogar sehr geneigt. Leute, deren Ausbildung Schwierigkeiten macht, zu entlassen. Die Kerze werden auf dem Friedrich-Wilhelm-Institut gerade auch in diesem Spezialgebiete ausgebildet und geprüft. - Abg. Hebel (Centr.): Wenn die Unterlegung noch etwas sorgfältiger wäre, würde jedenfalls Mander nicht eingestellt werden. Das nicht selten Schwachmännige

Das streitige Gebiet umfasst das fruchtbare Hinterland der westafrikanischen Küstenkolonien innerhalb der Zsäure des Nigerflusses. Eine Küstenkolonie muss wie eine vom Stengel geschnittene saftige Zweig schließlich einwachsen und verdorren, wenn ihr die Lebensarter vom Hinterlande aus genommen wird. Deshalb spielt die Regelung der Hinterlandfrage bei der gesamten Kolonialpolitik eine wichtige, unter Umständen ausschlaggebende Rolle. Begrifflich wird der Vorkolonisationsinhalt, der bei diesen Verhältnissen in Frage kommt, am präzisesten durch den deutschen Ausdruck „Hinterland“ zusammengefasst. Das ist auch der Grund, der die Franzosen und Engländer veranlasst hat, die deutsche Bezeichnung „hinterland“ unverändert ihrem kolonialen Sprachgebrauch einzuweihen. Die Franzosen brauchen das vom Niger beherrschte Hinterland zur Schaffung einer gesicherten Durchgangsstraße nach ihren nordafrikanischen Kolonien. Dabei kommen sie aber auf Schritt und Tritt in Konflikt mit älteren Ansprüchen der englischen „Royal Niger Gesellschaft“, die sich dort ebenfalls festgesetzt hat. Es ist sich nun allerdings nicht leugnen, dass die genannte Gesellschaft Manches an dem Reibholz hat; insbesondere wissen auch unsere deutschen Kolonialpolitiker ein Liedchen davon zu singen. Die Verträge der Gesellschaft mit den Häuptlingen des Nigergeländes sind zum Theil recht zweifelhaften Charakters und an offenkundigen Uebertreibungen und Rechtsverletzungen leidend der Beamten und Truppen der Kompanie hat es nie gefehlt. Die Franzosen scheinen sich angesichts der Zweifelhaftheit der von der Nigergesellschaft geltend gemachten Rechtstitel zu einem summarischen Verfahren entschlossen zu haben, das ganz an den beliebigen englischen Grundlag erinnert: „Behalte, was Du hast, und nimm, was Du kriegen kannst.“ Die so geschaffene Lage ist am Schlusse der vorigen Woche Gegenstand des Erörterungen im englischen Parlament gewesen. Ein Mitglied des Hauses fragte an, ob Nachrichten erster Art aus Westafrika eingetroffen seien. Der Staatssekretär für die Kolonien, Herr Chamberlain, erwiderte, er werde die eingegangenen Drahtmeldungen die, im Einzelnen ohne allgemeines Interesse, die verschiedenen bisher noch unblutig verlaufenen Zusammenstöße britischer und französischer Kolonialtruppen aufzählen) verlesen, das Haus möge dann ihre Wichtigkeit selbst beurtheilen. Wer Herrn Chamberlain's sonstige Verhalten zu würdigen. Wenn Herr Chamberlain donnert und wettert, hat es nicht viel zu sagen; wenn er aber diplomatisch-staatsmännische Anwandlungen bekommt, dann muß er thätigst die brandigen Geruch in die Nase bekommen haben. Nach der Verlesung der Depeschen gab es einen Zwischenfall, indem ein irischer Abgeordneter keinen antienglischen Gefühlen durch den Haß Luft machte: „Es lebe Frankreich!“ An sich ist diese Episode gewiß bedeutungslos, aber im Zusammenhang mit den von allen Seiten aus England hereinströmenden Schwierig-

Wasche mit Grosser's Wäschelein!  
Königsplatz 10, P. M. Grosser, Dresden